

CHANCENGIPFEL 2026

26.06.2026

Gemeinsames Statement zur Zukunft der Bildung in Deutschland

Entwickelt von Schüler*innen, Eltern, Wissenschaft, Wirtschaft, Bildungspraxis und Politik

Präambel

Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition unseres Landes.

Die Herausforderungen unseres Bildungssystems sind bekannt. Lehrkräftemangel, Unterrichtsausfall, zunehmende psychische Belastungen, Digitalisierung und Fragen der Chancengerechtigkeit prägen den schulischen Alltag vieler Kinder und Jugendlicher.

Der Chancengipfel verfolgt daher einen anderen Ansatz.

Er bringt Schüler*innen, Eltern, Lehrkräfte, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und politische Entscheidungsträger an einen Tisch – nicht, um Probleme erneut zu beschreiben, sondern um gemeinsam tragfähige und umsetzbare Lösungen zu entwickeln.

Der Chancengipfel zeigt, welche Kraft ehrenamtliches Engagement entfalten kann, wenn unterschiedliche Perspektiven zusammenkommen und gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Die nachfolgenden Empfehlungen sind das Ergebnis eines strukturierten Dialogs und verstehen sich als Impuls für die weitere Arbeit der Kultusministerkonferenz sowie aller bildungspolitisch Verantwortlichen.

Gemeinsame Erkenntnis

Die Herausforderungen unseres Bildungssystems stehen nicht isoliert nebeneinander.

Digitalisierung, Gesundheit, Unterrichtsqualität und Chancengerechtigkeit beeinflussen sich gegenseitig.

Nachhaltige Verbesserungen werden nur gelingen, wenn diese Themen gemeinsam gedacht und ressortübergreifend bearbeitet werden.

Handlungsfeld 1

Digitalisierung

Ausgangslage

Die digitale Transformation von Schule verläuft weiterhin uneinheitlich. Während einzelne Schulen bereits innovative Lehr- und Lernkonzepte erfolgreich umsetzen, fehlen vielerorts noch immer verlässliche technische Voraussetzungen, ausreichende Endgeräte sowie eine stabile digitale Infrastruktur. Gleichzeitig stehen Lehrkräfte vor der Herausforderung, digitale Werkzeuge, Künstliche Intelligenz und neue Lernformate sinnvoll in den Unterricht zu integrieren. Häufig fehlen hierfür Zeit, Qualifizierungsangebote und langfristige Konzepte.

Empfehlungen

Kurzfristig

- Verbindliche und messbare Ziele für die digitale Schulentwicklung festlegen und regelmäßig evaluieren.
- Transparenz über den Einsatz der Mittel aus dem DigitalPakt und weiteren Förderprogrammen schaffen.
- Schulen mit erfolgreichen Digitalisierungskonzepten als Best-Practice-Zentren sichtbar machen.
- Regionale und überregionale Arbeitsgruppen („Digitale Seismografen“) zur Beobachtung technologischer Entwicklungen etablieren.
- Elternfortbildungen zur Medienkompetenz flächendeckend ausbauen.
- Schüler*innen aktiv an der Entwicklung digitaler Konzepte beteiligen.
- Eine positive Fehler- und Innovationskultur fördern.
- Niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ("Digitale Scouts" bzw. "Medienlotsen") für Schulen aufbauen.
- Externe Expert*innen systematisch in Fortbildung und Schulentwicklung einbinden.
- Einen bundesweiten Krisenstab bzw. eine ständige Expert*innenengruppe für digitale Bildung etablieren, um auf technologische Entwicklungen schnell reagieren zu können.
- Klare Verantwortlichkeiten für die Auswahl und den Einsatz digitaler Anwendungen schaffen.

Mittelfristig

- Einheitliche technische Mindeststandards für Infrastruktur und Endgeräte entwickeln.
- Medienkompetenz und Informatik verbindlich in allen Schulformen verankern.
- Digitale Kompetenzentwicklung kontinuierlich evaluieren.
- Erfolgreiche Modelle systematisch zwischen den Ländern übertragen.

- Lerninhalte und Prüfungsformate an die Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz anpassen und stärker kompetenzorientiert gestalten.
- Einheitliche Qualitätsstandards für digitale Anwendungen und KI-Systeme im Bildungsbereich entwickeln.
- Den bereits vorgeschlagenen „Digitalen Seismografen“ dauerhaft als Monitoring- und Beratungsgremium etablieren.

Langfristig

- Digitale Bildungsinfrastruktur dauerhaft finanziell absichern.
- Bundeseinheitliche Leitlinien für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Unterricht entwickeln.
- Schulen als offene Lernorte für lebenslanges Lernen weiterentwickeln.
- Die föderale Zersplitterung im Bereich Digitalisierung reduzieren.
- Ein bundesweit abgestimmtes digitales Ökosystem für Schulen entwickeln, das Datenschutz, Interoperabilität und pädagogische Qualität gleichermaßen berücksichtigt.
- Digitale Souveränität des Bildungswesens stärken und Abhängigkeiten von einzelnen internationalen Technologieanbietern reduzieren.

Best-Practice

- Sachsen-Anhalt: Digitalassistent:innen sowie Chief Digital Officer (CDO) und Chief Technology Officer (CTO).
- Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein: Informatikunterricht ab Klassenstufe 5 sowie verbindliche Medienbildung.
- Schleswig-Holstein: KI-Portale und Unterstützungsangebote für Lehrkräfte.

Politische Hinweise

- Fortbildungen im Bereich Digitalisierung sind bislang häufig nicht verpflichtend.
- Lehrplanänderungen erfolgen zu langsam.
- Mehr Transparenz bei der Mittelverwendung ist erforderlich.
- Datenschutzrechtliche Unsicherheiten erschweren vielerorts den Einsatz digitaler Werkzeuge.
- Unterschiedliche landesrechtliche Regelungen führen zu einer sehr uneinheitlichen Nutzung von KI im Schulalltag.

O-Töne

„Einfach mal aus der Blase rausgehen.“ „Positive Resonanzen und Best-Practice stärker nutzen.“ „Kinder sind die Eltern und Großeltern von morgen.“ „Technologie verändert uns.“ „Wir brauchen einen Krisenstab für digitale Bildung.“

Handlungsfeld 2

Gesundheit & Wohlbefinden

Ausgangslage

Kinder und Jugendliche stehen zunehmend unter psychischem, sozialem und schulischem Druck. Lehrkräfte, Eltern sowie Schüler*innen berichten von steigenden Belastungen und wachsendem Unterstützungsbedarf. Gleichzeitig fehlen vielerorts ausreichende schulpsychologische Angebote, Schulsozialarbeit sowie multiprofessionelle Teams. Gesundheit muss als Grundlage erfolgreichen Lernens verstanden und strukturell im Schulalltag verankert werden.

Empfehlungen

Kurzfristig

- Schulhöfe und Bewegungsräume außerhalb der Unterrichtszeiten öffnen.
- Peer-to-Peer-Angebote zu Erster Hilfe, mentaler Gesundheit und Prävention ausbauen.
- Hilfsangebote sichtbarer machen.
- Multiprofessionelle Teams vollständig in den Schulalltag integrieren.
- Gesundheitsbildung stärker mit Elternarbeit verbinden.
- Die Prüfungs- und Bewertungskultur weiterentwickeln und unnötigen Leistungsdruck reduzieren (z. B. Überprüfung unangekündigter Leistungserhebungen).
- Schüler*innen regelmäßig zur Unterrichtsqualität, zum Wohlbefinden und zum Schulklima befragen und Feedback systematisch in Schulentwicklungsprozesse einbeziehen.
- Verbindliche Kinderschutzkonzepte an allen Schulen einführen.
- Sanitäre Anlagen gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern modernisieren und pflegen.
- Rückzugs- und Ruheräume für Kinder und Jugendliche schaffen.
- Fortbildungen für schulisches Personal zu mentaler Gesundheit, Gesundheitsförderung und Wohlbefinden ausbauen.

Mittelfristig

- Schulgesundheitsfachkräfte flächendeckend etablieren.
- Multiprofessionelle Teams ausbauen.
- Gesundheitsbildung verbindlich in Unterricht und Schulentwicklung integrieren.
- Förderprogramme gezielt zur Finanzierung gesundheitsfördernder Strukturen nutzen.
- die Wirkung gesundheitsfördernder Maßnahmen wissenschaftlich evaluieren.
- Schulgesundheitsfachkräfte dauerhaft etablieren und finanziell absichern.

- Gesundheitsförderung als festen Bestandteil der Schulentwicklung verankern.
- Nachhaltige Finanzierungsmodelle für gesundheitsfördernde Maßnahmen schaffen.

Langfristig

- Einen bundesweiten Rahmen für Gesundheitsbildung schaffen.
- Gesundheitsbildung verbindlich in Bildungsplänen verankern.
- Gesundheit als festen Bestandteil von Schulentwicklung etablieren.
- Kompetenzen stärker als reine Wissensvermittlung fördern.
- Schulen stärker mit Gesellschaft, Senior*innen sowie außerschulischen Partnern vernetzen.
- Eine konstruktive Fehlerkultur fördern.
- Gesundheitsprävention, mentale Gesundheit, Erste Hilfe und Gesundheitskompetenz verbindlich in den Lehrplänen verankern.
- Schule als gesellschaftlichen Lebens- und Wirkungsraum weiterentwickeln, in dem Bildung, Gesundheit und soziale Entwicklung gemeinsam gedacht werden.
- Bewegungsförderung, gesunde Ernährung und Wohlbefinden als gleichwertige Bestandteile einer modernen Schule etablieren.

Best-Practice

- Baden-Württemberg: Schulgesundheitsfachkräfte.
- Gesundheitsbildungsprogramme verschiedener Krankenkassen.
- Brandenburg: Unterrichtsfach LER (Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde) als Beispiel für die Verknüpfung von Persönlichkeitsentwicklung, Wertebildung und Gesundheitskompetenz.
- Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als integrierender Ansatz.
- Multiprofessionelle Teams als erfolgreiches Organisationsmodell.

Politische Hinweise

- Freiwilligkeit reicht nicht aus – Gesundheitsbildung benötigt verbindliche Strukturen.
- Empfehlungen der KMK werden nicht flächendeckend umgesetzt.
- Die Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten erschwert multiprofessionelle Zusammenarbeit.
- Eine nachhaltige Finanzierung gesundheitsfördernder Strukturen bleibt eine zentrale Voraussetzung für deren flächendeckende Umsetzung.

O-Töne

„Schule muss als etwas Schönes wahrgenommen werden.“ „Gesundheit darf nicht als Zusatzaufgabe verstanden werden – sie ist eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen.“ „Schulgesundheitsfachkräfte sind ein Gamechanger.“

Handlungsfeld 3

Unterrichtsqualität, Unterrichtsausfall & Fachkräftesicherung

Ausgangslage

Der Mangel an qualifiziertem Personal stellt eine der größten Herausforderungen des deutschen Bildungssystems dar. Unterrichtsausfälle, fachfremder Unterricht und steigende Belastungen prägen den Schulalltag vieler Schulen. Neben der Gewinnung neuer Lehrkräfte braucht es neue Wege der Entlastung, Qualifizierung und Unterstützung.

Empfehlungen

Kurzfristig

- Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und außerschulischen Partnern ausbauen.
- Externe Expertinnen und Experten stärker in Projektunterricht einbinden.
- Multiprofessionelle Teams erweitern.
- Unterrichtsausfälle transparent dokumentieren.
- Schulische Strategien gemeinsam mit Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften entwickeln.
- Erfolgreiche Modelle wie LifeTeachUs ausbauen.

Mittelfristig

- Ein duales Lehramtsstudium bundesweit etablieren.
- Psychische Gesundheit von Lehrkräften stärken.
- Arbeitsbelastung nachhaltig reduzieren.
- Das pädagogische Selbstverständnis des Lehrerberufs weiterentwickeln.

Langfristig

- Kooperationen zwischen Schulen, Ländern und der Kultusministerkonferenz intensivieren.
- Moderne Schulkonzepte konsequent ausbauen.
- Föderale Hürden bei Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftemobilität abbauen.

Best-Practice

- Berlin: LifeTeachUs.

Politische Hinweise

- Lehrkräftegewinnung muss stärker länderübergreifend gedacht werden.

O-Töne

„Zeit und Ressourcen ausbauen.“ „Um alle an Schule beteiligten mit einzubeziehen, bietet sich die Fortsetzung und Intensivierung des Formats *Chancengipfel* wunderbar an.“

Handlungsfeld 4

Chancengerechtigkeit & soziale Teilhabe

Ausgangslage

Der Bildungserfolg hängt in Deutschland weiterhin stark von sozialer Herkunft, Wohnort und den vorhandenen Unterstützungsstrukturen ab.

Frühkindliche Förderung, gelingende Übergänge sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Elternhaus, Jugendhilfe und Kommune sind entscheidende Voraussetzungen für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Empfehlungen

Kurzfristig

- Kindertageseinrichtungen erhalten und qualitativ weiterentwickeln.
- Pädagogisches Personal im Bildungssystem halten, fortbilden und flexibel einsetzen.
- Das Startchancenprogramm auf Kitas ausweiten.
- Sprachförderung vor der Einschulung stärken.
- Austausch zwischen Schulen und allen Bildungsakteuren fördern.
- Individuelle Lern- und Ruheräume schaffen.
- Schulen systematisch mit Jugendhilfe, Sozialhilfe, Gesundheitswesen und weiteren externen Partnern vernetzen.
- Schulen als offene Lern- und Lebensorte für den Stadtteil etablieren und mit dem Sozialraum kooperieren.
- Familienzentren und Beratungsangebote direkt an Schulen ausbauen.
- Schulabsentismus frühzeitig gemeinsam mit Schule, Elternhaus, Jugendhilfe und therapeutischen Fachkräften bearbeiten.
- Schüler*innenbeteiligung ernstnehmen und Entscheidungsmacht für echte Selbstwirksamkeit abgeben.

Mittelfristig

- Gebührenfreie frühkindliche Bildung anstreben.
- Eltern für die Bedeutung von frühkindlicher Bildung sensibilisieren, Anreize schaffen und über Ärzt*innen und Jugendämter Familien individuell unterstützen.
- Längeres gemeinsames Lernen fördern, Gemeinschafts- und Gesamtschulen stärken.
- Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen.
- Multiprofessionelle Teams flächendeckend etablieren.
- Inklusion ganzheitlich denken (Haltung, Räume, Ausstattung und Personal), statt als Anpassung an Einzelne.

- Berufsorientierung praxisnäher gestalten.
- Wahlpflicht- und Modulangebote zur individuellen Förderung ausbauen.
- Lehrkräfteausbildung stärker auf Teamarbeit ausrichten.
- Leistungsbewertung weiterentwickeln und stärker kompetenz- sowie prozessorientiert gestalten.
- Lehrkräfte gezielt für unbewusste Bewertungsverzerrungen (Bias) sensibilisieren.
- Kooperationen zwischen Schule, Kommune und Zivilgesellschaft dauerhaft institutionalisieren.

Langfristig

- Den Bildungsweg von der Kita bis zum Schulabschluss besser verzahnen.
- Alternative Bildungswege stärken.
- Schulgemeinschaft und Beteiligung aller stärken.
- Das Bildungssystem konsequent an den Bedürfnissen der Schüler*innen ausrichten.
- Ursachen sozialer Bildungsungleichheit gezielt bekämpfen.
- Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen und ressortübergreifend steuern.
- Maßnahmen gegen Kinderarmut und soziale Segregation als zentrale Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit entwickeln.
- Kommunen dauerhaft finanziell stärken, um Bildungslandschaften vor Ort gestalten zu können.
- Keine reine strukturelle Umgestaltung der deutschen Bildungslandschaft, sondern gesellschaftliches Verständnis für die Bedeutung von guter Bildung schärfen.

Best-Practice

- Brandenburg: Einsatz pädagogischer Fachkräfte beim Übergang Kita–Schule.
- Brandenburg: Pilotierung von Schulgesundheitsfachkräften.
- Brandenburg: Förderschulen mit konsequent individueller Förderung.
- Max-Brauer-Schule (Hamburg): Verbindliches soziales Engagement als Bestandteil des Schullebens.
- Partnerschulen in England: Anonymisierte Zweitkorrekturen zur Stärkung objektiver Leistungsbewertung.
- Familienschulzentren in Hessen und Sachsen: Beratungs- und Unterstützungsangebote direkt an Schulen.

Politische Hinweise

- Die kommunale Finanzierung frühkindlicher Bildung bleibt eine zentrale Herausforderung.
- Gesetzliche Rahmenbedingungen für längeres gemeinsames Lernen und durchlässigere Bildungswege sollten weiterentwickelt werden.
- Die Einführung einer verpflichtenden Kita bzw. eines verpflichtenden Vorschuljahres wurde kontrovers diskutiert.
- Bildungsgerechtigkeit kann nicht allein durch Schule hergestellt werden. Erforderlich ist eine verbindliche Zusammenarbeit von Bildung, Jugendhilfe, Gesundheit, Kommunen und Zivilgesellschaft.
- Kommunen benötigen größere finanzielle Handlungsspielräume, um Bildungsnetzwerke nachhaltig aufzubauen.

O-Töne

„Schüler lernen nicht für das System – das System muss für die Schülerinnen und Schüler da sein.“ „Inklusion nutzt allen.“ „Wir müssen Ursachen bekämpfen – nicht nur Symptome.“ „Der Bildungsweg muss zusammenhängender werden.“ „Den Funken für Interesse und Begeisterung in Schülerinnen und Schülern entfachen.“ „Bildung verändert sich nicht im luftleeren Raum – sie verändert sich gemeinsam mit der Gesellschaft.“ „Schule muss Menschen zusammenbringen.“ „Echte Beteiligung bedeutet, Verantwortung abzugeben.“

Übergreifende Erkenntnisse

Aus den Diskussionen aller vier Thementische ergeben sich folgende gemeinsame Empfehlungen:

1. Bildung konsequent vom Kind ausdenken.

Schule muss sich stärker an den individuellen Bedürfnissen, Potenzialen und Lebensrealitäten der Schülerinnen und Schüler orientieren – nicht umgekehrt.

2. Verbindlichkeit statt Freiwilligkeit schaffen.

Erfolgreiche Maßnahmen in den Bereichen Digitalisierung, Gesundheitsförderung, Prävention und Qualitätsentwicklung dürfen nicht von Einzelengagement abhängen, sondern müssen strukturell und verbindlich verankert werden.

3. Multiprofessionelle Zusammenarbeit als Standard etablieren.

Lehrkräfte können die wachsenden Anforderungen nicht allein bewältigen. Schulen benötigen dauerhaft multiprofessionelle Teams sowie eine stärkere Zusammenarbeit mit Eltern, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

4. Erfolgreiche Praxis systematisch übertragen.

In allen Themenfeldern existieren bereits erfolgreiche Modelle. Bund, Länder und die Kultusministerkonferenz sollten den Transfer von Best-Practice-Beispielen beschleunigen und den gegenseitigen Austausch stärken.

5. Bildung als langfristige Zukunftsinvestition verstehen.

Nachhaltige Verbesserungen erfordern verlässliche Finanzierung, transparente Steuerung, gemeinsame Verantwortung aller politischen Ebenen sowie den Mut, bewährte Strukturen weiterzuentwickeln und neue Wege zu gehen.

Appell an die Kultusministerkonferenz

Die Herausforderungen unterscheiden sich zwischen den Ländern. Viele Lösungen existieren jedoch bereits.

Wir appellieren daher an die Kultusministerkonferenz,

- erfolgreiche Praxis systematisch sichtbar zu machen,
- den Transfer funktionierender Lösungen zwischen den Ländern zu beschleunigen,
- Innovationen konsequent zu fördern,
- Schüler*innen, Eltern sowie die schulische Praxis dauerhaft in bildungspolitische Entscheidungsprozesse einzubinden,
- und mutig gemeinsam Verantwortung für die Zukunft unseres Bildungssystems zu übernehmen.

Deutschland verfügt über engagierte Schulen, innovative Projekte und hochmotivierte Menschen.

Die Aufgabe der kommenden Jahre wird darin bestehen, erfolgreiche Ideen nicht länger als Einzelprojekte zu betrachten, sondern sie dort, wo sie wirken, konsequent in die Breite zu tragen.

Schlusswort

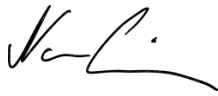
Der Chancengipfel versteht sich nicht als Abschluss einer Diskussion.

Er ist der Beginn einer gemeinsamen Bewegung für eine Schule, die allen Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Chancen eröffnet.

Unser gemeinsamer Auftrag lautet:

**Nicht nur Probleme beschreiben.
Gemeinsam Lösungen entwickeln.
Ins Tun kommen.**

Stuttgart, 26. Juni 2026



Norman Heise
Bundeselternrat (BER)
(BSK)



Aline Sommer-Noack
Bundeselternrat (BER)



Amy Kirchhoff
Bundeschüler*innenkonferenz